



Nr. 20.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

93. Jahrgang.

Verkaufswiese: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einseitige Seite 12 Pfg., außerhalb desselben 15 Pfg., Retikolen 30 und 35 Pfg. Schluss der Anzeigenaufnahme 9 Uhr vormittags. Fernsprecher 9.

Donnerstag, den 24. Januar 1918.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 1.95 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Nachbarortsbereich Mk. 1.85, im Fernverkehr Mk. 1.95. Beleggeld in Württemberg 30 Pfg.

### Zur Lage.

Im Reichstagshauptauschuss soll heute der Reichskanzler eine bedeutsame Rede halten, von der man eine bestimmte Stellungnahme der Regierung bezüglich der Verhandlungen in Brest-Litowsk erwartet, ferner Aufklärung über die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn und nicht zuletzt eine Antwort auf die Erklärungen Wilsons und Lloyd Georges. Was die Verhandlungen in Brest-Litowsk anbelangt, so sollen sie ja am 29. Januar wieder aufgenommen werden, vorausgesetzt, daß Trojky in Petersburg abkömmlich ist. Man muß zugeben, daß nach allem, was man über die russischen Verhältnisse hört, die Anwesenheit der Führer der Regierung in der Hauptstadt sehr notwendig ist. Der Widerstand gegen die Maximalisten scheint im Wachsen begriffen zu sein. Die Bürgerschaft wird zur Erhebung gegen die Regierung aufgefordert, und diese kann sich nur noch durch schärfste Polizeimaßnahmen halten. So schreibt die Entente- und die von dieser gespeiste neutrale Presse. Die russischen Blätter dagegen, die unter der Zensur der Regierung stehen, wissen zu melden, daß die Regierung und die Rote Garde Herren der Lage seien, daß das Militär regierungstreu sei, und daß eine gegenrevolutionäre Strömung keine Aussicht auf Erfolg habe. Die Petersburger Telegraphenagentur bringt sogar die sensationelle Nachricht, die ukrainischen Maximalisten hätten über die Truppen der Rada (der bürgerlichen Regierung) gesiegt, was also bedeuten würde, daß die Abmachungen der Vierbündmächte mit den Ukrainern hinfällig geworden wären. Wir werden aber wohl abwarten müssen, was sich von diesem Nachrichtenchaos als glaubwürdig herausstellt. Ueber die russischen Absichten kann man überhaupt kein Urteil gewinnen. Es heißt, Lenin, der Vorsitzende der Regierung, sei mit Trojky, dem Minister des Aeußeren, unzufrieden, weil dieser durch seine dogmatischen Forderungen die Friedensverhandlungen verschleppe, während das Volk Frieden unter allen Umständen wolle. Ob diese Stimmung richtig gekennzeichnet ist, wird sich zeigen müssen.

Unsere Stellung gegenüber Rußland, ebenso wie gegenüber der Entente überhaupt dürfte durch die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn ungünstig beeinflusst worden sein. Die dortige Regierung hatte aus kriegswirtschaftlichen Gründen eine Einschränkung der Wehr- und Brotration angekündigt, die nun sofort sowohl in Oesterreich wie Ungarn zu umfangreichen Arbeiterausständen führte. Die Ausstände hatten aber in erster Linie politischen Charakter. Sie sollten gewissermaßen eine Friedenskundgebung und eine Mahnung an die Regierung sein, die Verhandlungen in Brest-Litowsk nicht scheitern zu lassen. In Ungarn trat dazu noch die Forderung eines demokratischen Wahlrechts, in Oesterreich der Nationalitätengegensatz; also Zündstoffe genügend waren vorhanden, und es bedurfte nur der geschickten überleitenden Anzündung. So haben wir jetzt zum Schluß noch das Oesterreich-ungarische Problem, das nicht so leicht zu lösen sein dürfte. Zwischen den Deutschen und Tschechen scheint die Luft unüberbrückbar geworden zu sein, und es wird schon ein Staatsmann erster Ordnung dazu gehören, der da eine Lösung findet, besonders wenn auch noch die polnische Frage so behandelt werden soll, daß nicht die anderen Nationalitäten daran Anstoß nehmen. Die Opposition der Arbeiterschaft scheint vorerst befähigt zu sein, und man sollte meinen, die deutsch-Oesterreichlichen und ungarischen Arbeiter sollten soviel politische Schulung haben, um sich nicht von den Tschechen für ihre antinationalen Zwecke mißbrauchen zu lassen. An dem Verhalten der Tschechen gegenüber dem Oesterreichischen Staat steht man, was dauernde Nachgiebigkeit erreicht. Die Tschechen dürften ihren nationalen Eigenheiten in jeder Hinsicht leben; man verlangte nur, daß sie auch die in ihrem Gebiet lebenden nationalen Minderheiten (die Deutschen) nicht in ihrer Wirtschaft und Kultur beeinträchtigen, die Tschechen aber haben sich stets so aufgepielt, als ob sie die Unterdrückten seien. Wenn die Tschechen nicht nachgeben bezüglich ihrer Forderung eines unabhängigen Königreichs Böhmen, so werden selbstverständlich die Deutschen auch nicht mit ihrer Gegenforderung der Schaffung eines autonomen Deutsch-Böhmens zurücktreten; denn eine Unterdrückung seitens der Tschechen werden sich die Deutschen in Oesterreich nicht gefallen lassen. Man darf gespannt sein, was der Reichskanzler zu diesen höchstpolitischen Fragen, wie sie jetzt

in der verbündeten Donaumonarchie nach Aufklärung streben, zu sagen weiß.

Aber nicht nur bei uns gibt es gewisse Schwierigkeiten; im Ententelager zeigen sie sich in weit höherem Grade. Da ist vor allem die steigende Lebensmittel- und Rohstoffnot, die in dem immer mehr offenbar werdenden Schiffsraumangel begründet ist. Die Entente weiß kein Mittel gegen den mit Todesgefahr wirkenden Unterseebootkrieg, die dagegen in Vorschlag gebrachten englischen und amerikanischen Schiffsbauprogramme haben falliert. Jetzt wird der neutrale Schiffsraum einfach expropiert. Man hat den in Amerika liegenden neutralen Schiffen die Lieferung von Betriebsstoffe verweigert, wenn sich nicht ein gewisser Prozentsatz in den Dienst der Entente stellt. Geschieht es, so sollen die Neutralen auch Getreide und für ihre Industrien wichtige Rohstoffe erhalten. Die europäischen Neutralen haben, wenn sie die Neutralität aufrechterhalten wollen, keine andere Wahl, als nachzugeben. Sie werden sich aber wohl für die Zukunft die Auffassung der angelsächsischen Staaten über die sogenannte „Freiheit der Meere“ merken. Lloyd George hat ja darüber erst kürzlich gesprochen und unverblümt zum Ausdruck gebracht, daß England darauf angewiesen sei, zum Schutz seiner Kolonien eine so starke Flotte zu unterhalten, daß es allen Möglichkeiten gewachsen ist. Wenn Deutschland aber, das noch viel mehr als England gefährdet ist, von der Sicherung seiner Grenzen spricht, so heißt man das „Militarismus“.

Man sieht aber daraus, durch eine internationale Vereinbarung wird heute die Frage der Abweisung noch nicht gelöst werden können. Und so wird es auch mit den Fragen der Nationalitäten und der staatlichen und wirtschaftlichen Sicherung sein. Das beweisen ja die anmaßenden Forderungen Wilsons und Lloyd Georges sowie Frankreichs und Italiens am besten. O. S.

### Der Oesterreichische Generalstabschef über den Frieden.

(W.B.) Wien, 23. Januar. Der Chef des Generalstabs v. Arz machte gegenüber einem Berichterstatter der „Arbeiterztg.“ über den Arbeiterausstand Mitteilungen, in denen er zunächst erklärte, er hoffe, daß es gelingen werde, der Arbeiterschaft die Ueberzeugung beizubringen, daß weder die Regierung noch die Heeresleitung dem Frieden irgend welche Hindernisse bereitet. Der Friedenswunsch ist bei uns allgemein. Niemand denkt an Eroberungen und an Annektionen, während unsere Gegner, besonders die im Westen, noch einigermaßen (?) davon entfernt sind, auf Eroberungen und Annektionen verzichten zu wollen. Im Osten geht es einigermassen, aber da gibt es Schwierigkeiten technischer Art, deren Behebung noch Geduld erfordert. Auch die Arbeiterschaft muß sich gebüden. Sie darf aber davon überzeugt sein, daß der feste Wille besteht, wirklich und bald zum Frieden zu kommen. Der gute Wille ist auf beiden Seiten vorhanden. Die Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich. Nur etwas Geduld muß die Bevölkerung haben.

(W.B.) Wien, 23. Jan. Der Kriegsberichterstatter des „N. B. Ztbl.“ hatte eine Unterredung mit dem Chef des Generalstabs, Freiherrn v. Arz, der sich gegenüber dem Berichterstatter über die jüngste Ausstandsbewegung äußerte, wie gegenüber dem Kriegskorrespondenten der „Arbeiterztg.“, sodann abermals den unverrückbaren Friedenswillen der Monarchie betonte und erklärte, daß er selbst den Frieden herbeiwünsche. Freiherr v. Arz wies sodann gleichfalls auf die Unmöglichkeit der Zurückziehung der Truppen aus dem besetzten Gebiet hin, und ein der Unterredung beizuhörender Offizier fügte zur Erläuterung bei, daß der größte Teil der russischen Truppen, die in dem noch besetzten Bipsel Ostgaliziens standen, ihre Schützengräben verlassen haben und daß Räuberherden, die aus russischen Marodeuren gebildet sind, jetzt sengend und plündernd die Gegenden durchziehen. Der Generalstabschef verwies sodann darauf, daß man immer nur von der Möglichkeit eines baldigen Friedensschlusses mit Rußland spricht und dabei übersehen hat, daß die übrige Entente noch keinen Schritt zum Frieden getan hat. Er fuhr fort: Sie sehen, wie heftig sich selbst Rumänien gegen den Eintritt der Friedensverhandlungen sträubt. Italien scheint zu übersehen, daß wir tief in seinem Gebiet stehen. Es spricht noch immer von der Angliederung von Triest

und Trient. Mit keinem Wort hat bisher die Entente die Selbstverständlichkeit der Rückgabe der deutschen Kolonien betont. Aus allen diesen Gründen erscheinen mir die hochgespannten Friedenserwartungen, die sich in den letzten Wochen unter der Bevölkerung verbreitet haben, verfrüht.

### Aus dem Oesterreichischen Abgeordnetenhaus.

\* Wien, 22. Jan. An die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß die Regierung eine Auffassung des Selbstbestimmungsrechts, die die Auflösung des Oesterreichischen Staatsverbands anstrebe, niemals zulassen werde, knüpfte sich eine lange Erörterung. Mehrere Abgeordnete gaben namens der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien Erklärungen ab, worin sie in schärfster Weise die staatsrechtlichen Bestrebungen der Tschechen bekämpften und die Errichtung eines selbständigen Deutsch-Böhmen mit eigenem Landtag auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts fordern, sowie für Mähren die vollständige Durchführung der nationalen Autonomie der Deutschen in Mähren. Die tschechischen und südslawischen Redner kritisierten die Verhandlungen in Brest-Litowsk, Der Pole Glombinski verwies auf die Besorgnisse der Polen angesichts der Stellungnahme des Generals Hoffmann und protestierte gegen die beabsichtigte Grenzsetzung Deutschlands auf Kosten Polens durch Wegnahme des polnischen Kohlendens. Der polnische Sozialdemokrat Daszynski wandte sich gegen die Auffassung, als ob Deutschland Oesterreich gerettet hätte. Ohne Oesterreich die Türkei und Bulgarien hätte Deutschland sich der Feinde nicht erwehren können. (Ohne Oesterreich hätte es dies gar nicht notwendig gehabt!) D. S.) Ein Aute-ne protestierte gegen die Angliederung ukrainischer Gebiete an Polen. Der Sozialdemokrat Adler erklärte, die Sozialdemokratie verlange nicht einen Druck oder das Unmögliche, daß Deutschland sich plötzlich unter die Führung Oesterreichs begeben. Wenn man in Berlin sagte: Für uns ist Triest wie Straßburg, dann darf man sich nicht aufregen, wenn Graf Czernin antwortet: Mir ist Straßburg wie Triest. Der Christlich-Soziale Mateja betonte, auch die Christlich-Sozialen ständen auf dem Boden eines Verständigungsfriedens. Einen großen Raum in der Debatte nahm die Ausstandsbewegung ein. Die sozialdemokratischen Redner bezeichneten das Zustandnis der Regierung als den Beginn einer wirklichen Demokratisierung Oesterreichs. Die Christlich-Sozialen warfen den Sozialdemokraten vor, daß sie den in der Bevölkerung herrschenden Unwillen über die Ernährungsverhältnisse zu parteipolitischen Zwecken ausnützen. — Der Delegations-Ausschuss für das Aeußere tritt am Donnerstag zusammen.

### Die Ausstandsbewegung in Wien beendet.

(W.B.) Wien, 23. Januar. Das Wiener Korr.-Bureau meldet: Nachdem schon vorgestern und gestern in Wien die Arbeit zum größten Teil wieder aufgenommen worden ist, wird heute in allen Betrieben ausnahmslos gearbeitet, so daß die Ausstandsbewegung unter der Wiener Arbeiterschaft beendet ist. Auch aus der Provinz vorliegende Nachrichten melden, daß überall die Arbeiterschaft zum größten Teil zur Arbeit zurückgekehrt ist. Während der ganzen Dauer der Ausstandsbewegung kam es nirgends zu nennenswerten Zwischenfällen.

### Eine Schlacht der ukrainischen Maximalisten gegen die Bürgerlichen.

(W.B.) Petersburg, 23. Jan. Die Petersb. Tel.-Agentur meldet: Die von Charlow nach Poltawa abgegangenen Abteilungen der Sowjets lieferten eine Schlacht gegen die Truppen der Rada von Kiew. Die Truppen der Rada wurden vollkommen geschlagen. Die Stadt ist in den Händen der Abteilungen der Sowjets. In der vereinigten Sitzung der Sowbaten-, Arbeiter- und Bauernräte wurden die Vertreter des ausführenden Zentralkomitees von Charlow mit Begeisterung begrüßt. In Poltawa herrscht allgemeine Freude.



Schweizer und Schweizerinnen vor vollendeten 14. bis zum zurückgelegten 60. Lebensjahr herangezogen werden können. In erster Linie sollen alleinstehende Personen und besonders solche, die aus der Landwirtschaft hervorgehen, aber seit dem Jahre 1912 zu einer anderen Beschäftigung übergetreten sind, verwendet werden. Die Arbeitervertreter befürchten von dieser Organisation eine Militarisierung der Arbeiterschaft. Wahrscheinlich wird die auch sonst viel umstrittene Frage der Zivildienstpflicht nicht vom Bundesrat auf Grund seiner außerordentlichen Vollmachten entschieden, sondern im März der Bundesversammlung unterbreitet werden.

**Die norwegischen Arbeiter und die Lebensmittelnot.**  
(S. B.) Christiania, 23. Jan. In einer Massenversammlung der norwegischen Arbeiterpartei wurde gestern von 3000 Anwesenden einstimmig beschlossen, im Hinblick auf die Teuerung und die drohende Hungersnot und auf die deshalb nötige Steigerung der einheimischen Produktion die Einstellung jedes Militärdienstes und die Umwandlung der Militärindustrie zum Vorteil der Steigerung der Produktion zu verlangen.

## Vermischte Nachrichten.

### An die Landfrauen!

Berlin, 23. Jan. Auf der vorgestrigen Berliner Tagung der Landfrauen hielt Unterstaatssekretär Dr. August Müller eine Rede, in der er erklärte, daß wir bis zur neuen Ernte in großen und ganzen die jetzige Ernährungsmenge beibehalten können. Allerdings müsse alles restlos abgeliefert werden für die behörbliche Verteilung an die Städte. Nur so ist das Erzählbel zu bekämpfen, der Schleichhandel. „Wenn Sie,“ so sagte der Unterstaatssekretär, „in Berlin vernünftige Menschen in den Kaffeehäusern, vielleicht auch recht tüchtige Menschengruppen sehen, so lassen sie sich dadurch nicht zu falschen Voraussetzungen verleiten. Wenn Sie sehen wollen, wie Verknappung und Kriegsarbeit leistet, so dürfen Sie nicht in das Zentrum der Stadt gehen, dann müssen Sie in die Viertel des Nordens, des Ostens und des Südens, dort schaffen Männer und Frauen so pflichtfertig, wie die Bauernfrauen auf ihrer Scholle. Von den Ablieferungen wird es abhängig sein, ob in der Stadt ein Kind leben bleibt oder stirbt, ob der Gesundheitszustand der Männer, Frauen und Kinder aufrechterhalten bleibt oder zurückgeht. Die ungeheuren Munitionsmengen, die wir zum Siegen brauchen, können nur hergestellt werden, wenn die Arbeiter ausreichend ernährt sind.“ — Gräfin Schwerin-Schwitz versicherte dem Redner unter Dank, daß seine Ausführungen tiefen Eindruck gemacht hätten. Es knüpfte sich daran eine Aussprache, in der mehrere Redner ausdrücklich versprochen, alles zu tun, um die Landbevölkerung zu vaterländischem Handeln zu veranlassen. Frau v. Puttkamer dankte dem Unterstaatssekretär Dr. Müller (bekanntlich einem Sozialdemokraten) noch ganz besonders für sein einsichtsvolles Wohlwollen für die deutsche Landwirtschaft.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 24. Januar 1918.

### Das Eiserne Kreuz.

Schütze Joh. Blasi von Belten schwahn hat das Eiserne Kreuz erhalten. — Kanonier Karl Kleinbusch von Calw hat das Eiserne Kreuz erhalten.

### Beförderung.

Sanitätsgefreiter Johann Georg Calmbach von Spindlershof wurde zum etatsmäßigen Sanitätsunteroffizier befördert.

### Kriegsverluste des Oberamts Calw.

Aus der württembergischen Verlustliste Nr. 635.  
Biesinger, Alfred, Uffz., 21. 3., Weisberstadt O. Leonberg, l. verw. — Dreiz, Emil, Gefr., 23. 12., Wildberg O. Nagold, l. verw. — Erhardt, Johannes, 9. 2., Holzbrunn, l. verw. — Gent, Friedrich, 24. 9., Monakam, verl. — Kullerer, Jakob, 18. 7., Monakam, l. verw. — Schwarz, Wilhelm, 14. 1., Gehingen, l. verw., b. d. Tr. — Stiel, Georg, 11. 4., Wildberg O. Nagold, gef.

### Der Verband württembergischer Industrieller für eine neuzeitliche Zusammensetzung der I. Kammer.

Der Ausschuß des Verbands württembergischer Industrieller (e. V.) hat in seiner Sitzung zu Stuttgart am 15. Januar 1918 folgende Entscheidung betr. eine neuzeitliche Zusammensetzung der württemb. Ersten Kammer gefaßt: „Der Verband württemb. Industrieller kann in der Zusammensetzung der württemb. Ersten Kammer, wie sie durch das Verfassungsgesetz vom 16. Juni 1906 geschaffen ist, keine ausreichende Berücksichtigung der Erwerbsstände unseres Volkes erblicken, die heute zur Erhaltung unserer wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben in erster Linie von Wichtigkeit sind. Diese Stände sind noch nicht mit einem Zehntel an der Gesamtmitgliedschaft der Ersten Kammer beteiligt, während den Standesherrn und der Ritterschaft auf Grund von veralteten Vorrechten fast 3 Fünftel aller Sitze eingeräumt sind. Der Verband verweist auf die Verhandlungen in der württemb. Zweiten Kammer im Juni 1917 bei der Beratung des württembergischen Haushaltsaus, wobei eine Reihe von Rednern diese Unstimmig-

keiten verurteilt hat. Der Verband nimmt weiter Bezug auf den preussischen Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Zusammensetzung des Herrenhauses vom 26. November 1917, der eine bedeutende Berücksichtigung von Industrie, Handel, Handwerk, Landwirtschaft, Selbstverwaltung im preussischen Herrenhaus enthält. Im Sinn des kaiserlichen Erlasses vom 7. April 1917, der eine weitere und gleichmäßigere Heranziehung föhrender, durch die Achtung ihrer Mitbürger ausgezeichnete Männer aus den verschiedenen Kreisen des Volkes für das Herrenhaus vorsieht, spricht die Begründung zu dem preussischen Gesetzesentwurf offen aus, das Herrenhaus bedürfe des Aufbaues auf die Stände und Berufe, in die das Volk sich im öffentlichen Leben hauptsächlich gliedert. Das sind heute nicht mehr ehemalige reichsständische und ritterschaftliche Familien, sondern das sind die großen Erwerbsstände der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels, des Handwerks, der Angestellten, der Arbeiterschaft, der freien Berufe, die Männer der Wissenschaft, die Leiter der Selbstverwaltungskörper usw. Sie alle sind bei der Zusammensetzung der württembergischen Ersten Kammer zum Teil gar nicht, zum Teil nur in völlig ungenügender Zahl und auch nicht in der richtigen Art ihrer Berufung berücksichtigt. Es muß daher ein Stück der Neuordnung unserer inneren Verhältnisse auch in Württemberg darstellen, daß Regierung und Landtag unter Anführung und Zuziehung der Organisationen der genannten Erwerbsstände alsbald eine Neugestaltung der württemb. Ersten Kammer in die Wege leiten, die mindestens auf der Grundlage des preussischen Entwurfes — aber unter Heranziehung der Angestellten und Arbeiter sowie der freien Berufe — allen Erwerbsständen, ferner den Selbstverwaltungskörpern und der Wissenschaft eine Vertretung sichert, wie sie der überragenden Bedeutung dieser Kreise für unser wirtschaftliches und kulturelles Leben entspricht. Der Verband württ. Industrieller richtet an die Regierung und besonders an die Zweite Kammer die Bitte, dieses dringend nötige innere Reformwerk so rasch als möglich in Angriff zu nehmen, und der Verband läßt die Organisationen des Erwerbslebens, sowohl der Arbeitgeber als auch aller Gruppen der Arbeitnehmer, sowie die Selbstverwaltungskörper, die Wissenschaft und die freien Berufe ein, an diesem Verfassungsreformwerk zum Nutzen unserer Wirtschaft und unserer Kultur mit vereinten Kräften mitzuwirken.“

### Die Frage der elektrischen Großwirtschaft in Württemberg.

Man schreibt uns: Am 11. November 1916 hat Herr Oberingenieur Büggeln im württembergischen Elektrotechnischen Verein in Stuttgart einen Vortrag über „Die elektrische Großwirtschaft unter staatlicher Mitwirkung in Württemberg“ gehalten, der leider in denjenigen Kreisen, deren Interessen am meisten von den Vorschlägen, wenn sie zur Ausführung gelangen, getroffen würden, nicht die genügende Beachtung fand, da die Vertreter der bestehenden Elektrizitätswerke es nicht für möglich hielten, daß in der jetzigen Zeit derartige Projekte bei der Regierung Anklang finden könnten. Nachdem nun aber im Gesamt-Kollegium der Zentralstelle für Gewerbe und Handel die Frage behandelt worden ist, ein weiterer Vortrag des Herrn Bauinspektor von der Burchard am 12. Januar d. J. darauf hinwies, daß in der Sache weiter gearbeitet wird, und auch noch bekannt wurde, daß weitere Kreise sich mit der Angelegenheit beschäftigen, war es höchste Zeit, daß der Verband der Elektrizitätswerke Württembergs ebenfalls vor die Öffentlichkeit trat und einen Redner bestimmte, der sich zu dieser Frage äußern sollte. Dieser Aufgabe hat sich in dankenswerter Weise Herr Direktor Monat vom Kraftwerk in Altwürttemberg, A.-G., Ludwigsburg, unterzogen, dessen Vortrag am 19. d. M. in Gegenwart von Vertretern der Behörden, der beiden Kammern, der Presse, von Industriellen und vor allem von Mitgliedern des Verbands der Elektrizitätswerke Württembergs und Hohenzollerns stattfand. Die Vortragende hat in fast dreistündigen Ausführungen an Hand mühsam zusammengetragener, den tatsächlichen in Württemberg bestehenden Verhältnissen entsprechender Strombelastungskurven den einwandfreien Beweis erbracht, daß die im Büggelnschen Vortrag in Aussicht genommene Belastung, sowie der entsprechende Stromabsatz im Jahre weit über das hinausgeht, was selbst unter Berücksichtigung der heute die Elektrizitätswerke in ganz außerordentlicher Weise in Anspruch nehmenden Kriegsinindustrie erreicht wird.

Es ist dem Vortragenden gelungen, den vorliegenden Projekten jede Berechtigung abzusprechen, solange nicht bedeutend beweiskräftigere Unterlagen, als diese bis jetzt verwendet wurden, geschaffen sind. Es würde zu weit führen, wenn alle die technischen und volkswirtschaftlichen Bedenken hier wiederholt würden, umfomehr als der Vortrag im Detail erscheinen soll. Es soll vielmehr hier nur darauf hingewiesen werden, daß die Frage auch für die Gemeinden unseres Bezirks, die teilweise an dem Wohl und Wehe des bestehenden Ueberlandwerks, teilweise an dem Gehehen eigener Ortszentralen wesentlich beteiligt sind, von ganz hervorragender Bedeutung ist. Es wird daher Sache dieser Gemeinden, vor allem auch der Stromabnehmer und nicht zuletzt der Volksvertretung sein müssen, hierzu Stellung zu nehmen, ehe es zu spät ist, da die Befürchtungen des Herrn Direktor Monat, daß bei Durchführung derartiger Pläne eher eine Verteuerung, als die in Aussicht gestellte Verbilligung des elektrischen Stromes zu erwarten ist, wohlbegründet erscheint. Jedenfalls kann es nicht Sache des Staates sein, auf Grund von Ansichten einzelner gewagte Unternehmungen ins Leben zu rufen, bei denen es sich im einen Fall um eine Aufwendung von 100 Millionen, im zweiten Fall von 37 Millionen handelt. Da beide Projekte auf dasselbe hinaus-

zielen, so dürfte sich für den Fall, in dem die vorliegenden großen Differenz der aufzuwendenden Kapitalien ein Beweis dafür gesehen werden, daß die Unterlagen für die Ausarbeitung solcher Pläne nicht einwandfrei sein können. Wenn sich der Redner in der Hauptsache mit dem Vortrag des Herrn Oberingenieur Büggeln beschäftigt, so dürfte dies seine Begründung darin haben, daß der Vortrag des Herrn Bauinspektor von der Burchard außer der Verwertung des in Württemberg vorkommenden Posidonienschiefers eigentlich nicht Neues brachte. Inwiefern die Heranziehung des Posidonienschiefers zur Kraft-erzeugung in Frage kommen kann, ist aber heute noch nicht einwandfrei zu beantworten. Der Vortragende ließ auch keinen Zweifel darüber, daß nicht etwa den Elektrizitätswerken eine Schuld an den zu Klagen Veranlassung gebenden Zuständen in der heutigen Elektrizitätsversorgung nachgewiesen werden kann, jedenfalls aber auch diese Zustände niemals Veranlassung zur Einführung einer Großwirtschaft geben können. Auch den beiden nach dem Vortrag aufstretenden Gegenrednern, Herrn Bauinspektor v. d. Burchard und Herrn Oberingenieur Büggeln ist es nicht gelungen, die Ausführungen des Herrn Direktor Monat auch nur im geringsten abzuschwächen. Selbstverständlich stellt sich der Redner nicht auf den Standpunkt, daß die Durchführung einer Großwirtschaft unmöglich oder gar unmöglich sei, sondern er hat nur den Nachweis erbracht, daß die heutigen Verhältnisse nicht dazu angetan sind, die Angelegenheit so zu beschleunigen, wie dies in letzter Zeit geschieht. Trotz der ungünstigen Verhältnisse während des Krieges ist es den Werken möglich, Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie noch in ausreichendem Maße mit elektrischer Energie zu versorgen. Eingetretene Störungen sind lediglich Folgen des Mangels an Betriebsstoffen, nicht einmal die schwierige Personalfrage hätte es fectiggebracht, den regelmäßigen Gang der Werke so ungünstig zu beeinflussen, wie dies durch die mangelhafte Zufuhr und die oft noch mangelhaftere Beschaffenheit der Betriebsstoffe geschieht ist. Die bestehenden Werke werden daher mit Recht verlangen können, daß in der Sache nichts geschieht, ohne daß sie in der Prüfung der einschlägigen Fragen in weitgehendstem Maße gehört werden.

### Chronik der Jahrhundertfeier der Reformation.

Um das Gedächtnis an die Veranstaltung der vierten Jahrhundertfeier der Reformation für spätere Zeiten festzuhalten, soll auf Anregung des Deutschen Evang. Kirchenausschusses in die Pfarrchroniken ein Bericht über die örtlichen Veranstaltungen, öffentliche und Vereinsfeiern, Aufführungen, musikalische Darbietungen usw. aufgenommen und außerdem in jeder Landeskirche ein Gesamtbild der Feiern entworfen werden.

Stuttgart, 24. Jan. Die anlässlich zweier Versammlungen der Deutschen Vaterlandspartei am 20. Januar d. J. in Stuttgart und Cannstatt vorgelommenen Ausschreitungen haben den stellv. kommandierenden General veranlaßt, im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung alle öffentlichen Versammlungen zur Erörterung politischer oder militärischer Angelegenheiten ohne Unterscheid der Parteirichtung im Stadtdirektionsbezirk Stuttgart, sowie in den Oberamtsbezirken Stuttgart-Unt., Cannstatt, Ludwigsburg und Eßlingen bis auf Weiteres zu untersagen. — Die Radikalen werden das nun selbstverständlich Einschränkung der Versammlungs-freiheit nennen. Aber gegen solche Art des politischen Protestes, wie er in Stuttgart und Cannstatt zu Tage getreten ist, gibt es, falls man nicht Konflikte heraufbeschwören will, wahrhaftig kein anderes Mittel. D. S.

(S. B.) Münsingen, 23. Jan. In Sontheim war im Gasthaus zum „Hahnen“ ein Witzfeldweibel eingekerkert. Verschiedene Urlauber waren ebenfalls zu Gäste. Nach dem Verlassen des Gasthauses unterhielt er sich mit einem Mädchen, wobei er von einigen Leuten mit Eischollen beworfen wurde. Hierüber erzürnt, setzte er ihnen nach und erschlug den 27jährigen Christian Hirsche von hier, der seit Kriegsbeginn im Felde stand und auf Urlaub zu Hause war.

Göppingen, 23. Jan. Die bürgerlichen Kollegien beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung mit den Maßnahmen, die gegen eine nach dem Krieg etwa hervortretende Wohnungsnot zu ergreifen wären. Oberbürgermeister Dr. Red vertrat den Standpunkt, daß es künftig eine der wichtigsten Aufgaben der Industrie sein werde, an der Lösung der Wohnungsfrage, besonders für Arbeiter, mitzuwirken; auch die gemeinnützigen Baugenossenschaften müßten in immer steigendem Maße zur Lösung dieser Frage herangezogen werden. Von entscheidender Wichtigkeit sei die Aufbringung der Gelder für zweite Hypotheken. Hier werden Reich, Staat und Gemeinden, Versicherungsanstalten und Sparfassen zusammenwirken müssen, um namentlich den Kleinwohnungsbau zu fördern. Zunächst beschlossen die Kollegien die Errichtung eines Städt. Wohnungsamtes, dem die Bearbeitung aller das Wohnungsweisen betreffenden Fragen zugewiesen werden soll. Zur Behebung der augenblicklich herrschenden Wohnungsnot sollen alle leerstehenden Fabrikgebäude usw. ermittelt werden, um zu prüfen, ob sie für Wohnzwecke verwendet werden können.

Für die Schriftl. verantwortlich, Otto Seltsmann, Calw. Druck u. Verlag der A. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

## Bezirks-Obstbau-Verein Calw.

Der Verein wird auch in diesem Frühjahr wieder



**Edelreifer  
und  
Obstbäume**



guter Sorten, für seine Mitglieder besorgen.

Bestellungen auf Edelreifer wollen bis spätestens 31. Jan.,  
Bestellungen auf Obstbäume bis spätestens 15. Februar bei dem  
Unterzeichneten eingereicht werden.

J. Knecht, Kassier.

## Pferde- und Fohlen-Versteigerung.

Am Dienstag, den 29. Januar 1918, vormittags 11 Uhr,  
werden in Stuttgart, Cashhof zur „Alten Post“,  
Grabenstraße 7, von der Württembergischen Vieh- und Pferde-Einfuhr-  
Gesellschaft

66 Arbeitspferde,  
18 2 1/2-jährige belgische Fohlen,



öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert. Die  
meisten Pferde entstammen dem belgischen Schlag aus gesunden Be-  
ständen und werden unter voller Garantie verkauft.

S. A. der Württ. Vieh- u. Pferde-Einfuhr-Gesellschaft  
Der Auktionator: K. Roland.

## Dank

für die Weihnachtspakete vom Roten Kreuz.

Zum vierten Mal Ihr Lieben  
So weit vom Heimatland,  
Hat uns das Fest des Friedens  
Begrüßt im Belgierland.

Im engsten Raume saßen  
Wir um den Weihnachtsbaum;  
Ein wenig wir vergaßen  
Des Krieges Schrecken im Traum.

Auch diesmal uns erfreute  
Bei diesem hohen Fest  
Von unserm Roten Kreuze  
Ein liebes, schön's Paket.

Was mancher sich gern wünschte  
Das wurde ihm erfüllt  
Man fand in jedem drinnen  
Ein schön Paar neue Strümpf.

Was auch recht Freude machte  
Man brauchen kann im Krieg:  
„Zum Spielen eine Harfe“,  
Auch das fand man darin.

Für all die lieben Gaben  
Die Ihr uns habt gesandt  
Wünscht Euch zum neuen Jahre  
Ein alter Landsturmann:

„Viel Glück und Gottes Segen  
Begleit Euch immerdar  
Auf allen Euren Wegen  
Bis einst ins kühle Grab.“

Nicht bloß von mir Ihr Lieben  
Teil ich den Dank Eu. mit,  
Im Namen aller Krieger  
Von unserm Kampfgebiet.

Sag ich Euch Dank Ihr Lieben  
Vom Oberamte Calw.  
Für uns heißt's weitersehen  
Bis einst der Ruf erschallt.

Der uns im fernen Osten  
Aufgeht gleich einem Sonnenstrahl;  
Der uns die Hoffnung läßt erblicken  
Das wird das Friedensjahr.

So will ich nunmehr schließen  
Habt nochmals besten Dank  
Von all den lieben Kriegern  
Zweihundertvierzig g'nannt.

Landsturmann Reiff 8/248.

## Zahnpraxis F. Lück, Bad Liebenzell.

Telefon Nr. 52.

Sprechstunden von 9—12 Uhr und von 2—5 Uhr.

An Sonn- und Feiertagen, sowie Samstags geschlossen.

Bei länger dauernder Behandlung  
ist vorherige Anmeldung unbedingt notwendig.

## R. Forstamt Stammheim. Nadelreisig-Verkauf.

Am Samstag, den 26. Januar  
1918, nachmittags 3 Uhr, im  
„Röhle“ in Stammheim aus  
Staatswald Vorderer und Mittlerer  
Schleifberg und Kastanienweg:  
53 Flächenlose ungebundenes  
Nadelreisig, geschätzt zu 8290  
Wellen mit vielen Stängeln.

Schöne sommerliche

## 4-Zimmerwohnung

mit Zubehör auf 1. April oder früher  
zu vermieten.

Von wem, sagt die Geschäfts-  
stelle dieses Blattes.

Ich suche zu alleinlebender alter  
Dame nach Weinheim ein braves  
pünktliches

## Mädchen

das selbständig gut bürgerlich kochen  
kann und gerne die vorkommenden  
Hausarbeiten übernimmt. In-ner-  
mädchen vorhanden. Angebote erbitt.

Frau Anna Federhaff.

Ein zuverlässiger

## Bierführer

kann in 14 Tagen eintreten bei

Carl Miller, Brauerei.

## Bestellen Sie

auf



1  
Februar

das

## Calwer Tagblatt,

beliebt durch seinen vorzüglichen  
Nachrichtendienst und seine volks-  
tümlich geschriebenen Leitartikel.

## Musik-Schule Calw.

Direktion: Otto Fromm, Kapellmeister, Badstr. 163.

Vollständige Ausbildung bis zur künstlerischen Reife.

Unterrichtsfächer: Klavier, Violine, Gitarre,

Ensemblespiel (Orchester), Theorie (Harmonielehre

Kontrapunkt, Musikgeschichte).

Gesangunterricht erteilt

Frau Maria Fromm,

frühere Opernsängerin am Stadttheater in Magdeburg.

Aufnahme neuer Schüler jederzeit.

## Kan.-Zucht-Verein Calw.

## Futterabgabe

Samstag von 2—5 Uhr

Dehmb

bei Herrn Kaufmann Stroß in der  
Leberstraße,

Kohlraden

im Hause des Herrn Billing, ob.  
Marktstraße (gegenüber der Traube).  
Säcke sind mitzubringen.

## In die Heimat

verfehlt fühlt sich der  
Feldgraue, wenn er sein  
Heimatblatt im Unter-  
stand lesen kann.

Calw.

In der Nähe der Stadt gelegen.

ertragföh. Garten  
oder zu Garten ge-  
eignetes Aderland

zu pachten oder zu kaufen  
gesucht.

Angebote unter K. N. an die  
Geschäftsstelle dieses Blatt. erbeten.

Noch guterhalt. zweirädrig.

## Handkarren

wird zu kaufen gesucht.

Adolf Dörfinger, Bahn-  
wärter a. D., Bad Liebenzell.

Althengstett.

Einen schweren

## Langholz-Wagen

guterhalten, setzt dem Verkauf aus  
G. Dürr.

Zavelstein.

Eine starke Schaff-



Ruh

mit dem 3. Kalb verkauft

Ulrich Koller.

Gehingen.

Eine gute Fahr-



Ruh

mit dem

3. Kalb,

37 Wochen trächtig

verkauft

Karl Wörl, Bäcker.

## Wand-Kalender

mit Marktverzeichnis

für das Calwer Oberamt

und die Nachbarbezirke

sind erhältlich. d. Stück zu 15 Pfg.

in der Geschäftsst. ds. Bl.